

DEMOGRAFISCHER WANDEL UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Der demografische Wandel wird die Startchancen der nachfolgenden Generationen maßgeblich beeinflussen. Konstant niedrige Geburtenraten, eine steigende Lebenserwartung und mehr und mehr Menschen im Rentenalter wirken sich nachteilig auf die Chancengleichheit zwischen den Generationen aus – zu Lasten den Jungen. Den Trend zu einer alternden Gesellschaft kann auch eine verstärkte Zuwanderung nicht mehr stoppen. Selbst unter Annahme günstigster Zuwanderungsverhältnisse wird die Zahl der erwerbstätigen Menschen weiter schrumpfen. Zu groß sind die Jahrgänge der Babyboomer, die in den nächsten Jahrzehnten altersbedingt den Arbeitsmarkt verlassen werden.

Der demografische Wandel in Zahlen

Deutschlands Bevölkerungszahl von heute gut 81 Millionen wird auf 76 bis 80 Millionen im Jahr 2040 sinken – je nachdem, wie viele Zuwanderer bis dahin ins Land kommen. Die größten Verluste werden insbesondere in den jungen Bevölkerungsgruppen (0-19 Jahre) [-2,1 Mio.] und in der Gruppe der Erwerbsfähigen (20 bis 66 Jahren) [-9 Mio.] zu beobachten sein. Dagegen wird die Altersgruppe im Rentenalter (ab 67 Jahren) stark zunehmen [+7,1 Mio.]. 2040 wird fast jeder Dritte in der Bevölkerung über 67 Jahre alt sein.

Deutschland schrumpft demnach nicht nur, die Bevölkerung wird auch immer älter. Die Lebenserwartung beträgt heute für neugeborene Mädchen rund 83 Jahre (für Jungen 78 Jahre). Und sie wird weiter zunehmen. Prognosen ist zu entnehmen, dass die Lebenserwartung für Neugeborene bis 2060 auf gut 90 Jahre für Mädchen und fast 87 Jahre für Jungen steigen wird. Dabei hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung in den vergangenen 130 Jahre schon mehr als verdoppelt.

Fachkräftemangel und Multimorbidität

Der demografische Wandel führt vor allem im Gesundheitswesen zu erheblichen Schwierigkeiten: So geraten nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sondern auch die Strukturen der Gesundheitsversorgung unter Druck. Fast schon zwangsläufig werden mit der Abnahme der Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter auch weniger Erwerbstätige in Gesundheitsberufen zur Verfügung stehen. Das wird dieses heute bereits existierende Problem noch verschärfen.

Das Statistische Bundesamt rechnet für das Jahr 2025 mit 152.000 fehlenden Pflegekräften. Das Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers (PwC) geht sogar davon aus, dass bis 2030 insgesamt bis zu 165.000 Ärzte, 400.000 Pflegekräfte und 950.000 Fachkräfte im Gesundheitswesen fehlen. Die Fachkräfte werden aber angesichts eines höheren Versorgungsbedarfs dringend gebraucht. Denn zunehmende Lebenserwartung bedeutet gleichzeitig auch veränderte Krankheitsbilder. Mehrfacherkrankungen sowie altersbedingte und häufig chronische Krankheiten werden zunehmen. Bis 2050 werden sich die Neuerkrankungsfälle bei Herzinfarkt (+75%), Schlaganfall (+62 %), Krebs (+27 %), Demenz (+100 %) sowie die Pflegebedürftigkeit (+100 %) erheblich erhöhen.

Steigende Gesundheitskosten

Mit dem steigenden Bedarf werden auch die Ausgaben für Gesundheit und Pflege erheblich steigen. Gerade Gesundheits- und Pflegeausgaben sind stark altersabhängig. So steigen z.B. in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) die Pro-Kopf-Ausgaben von durchschnittlich 970 Euro (1 bis 29 Jahre) auf bis zu 5.585 Euro im Alter von 89 Jahren. Heute stellt die „Krankenversicherung der Rentner“ (KVdR) gut ein Viertel aller Versicherten in der GKV. Für dieses Viertel werden fast 50 % der Leistungsausgaben aufgewendet. Gleichzeitig tragen die Rentner in der KVdR nur ein Fünftel zum Beitragsaufkommen in der GKV bei. Die KVdR muss daher von den erwerbstätigen Versicherten in der GKV subventioniert werden – mit derzeit gut 54 Milliarden Euro pro Jahr (aktuellster Wert 2013).

Zukünftig werden sich in der GKV die Relationen zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern weiter verschlechtern. Kommen in der Gegenwart noch drei Erwerbstätige für einen Rentner (ab 65 Jahren) auf, werden ab 2030 nur noch zwei Erwerbstätige diese Kosten tragen müssen. Ab 2060 ist eine Relation von fast 1:1,5 wahrscheinlich. Zwangsläufig ist dann in der GKV mit deutlichen Beitragssatzsteigerungen und/oder Leistungseinschränkungen zu rechnen. Dass der Staat die gestiegenen (demografischen) Lasten durch höhere Steuerzuschüsse abfangen wird, erscheint mehr als fraglich. Die öffentlichen Haushalte sind durch die im Grundgesetz festgelegte Schuldenbremse limitiert.

Generationengerechtigkeit im demografischen Wandel

Angesichts der demografischen Herausforderungen stellt sich die Frage, ob die Lastenverteilung in der Umlagefinanzierung noch „generationengerecht“ ist. Denn die demografischen Lasten sind von zukünftig immer weniger Beitragszahlern zu tragen, wenn die Ausgaben aus den laufenden, einkommensabhängigen Beiträgen der Mitglieder gedeckt werden. Nennenswerte Rücklagen bestehen nicht. Dabei erodiert das Gerechtigkeitsprinzip: Die einzahlenden jungen Generationen erwarten, dass im Gegenzug auch ihnen selbst in Zukunft die entsprechende medizinische Versorgung

zur Verfügung gestellt wird. Wenn der Generationenvertrag aus der Balance gerät, wird man dieses Versprechen aber nicht mehr aufrechterhalten können.

Wie generationenungerecht die Umlagefinanzierung durch den demografischen Wandel inzwischen geworden ist, verdeutlicht eine Analyse nach der Methode der Generationenbilanzierung. Die Generationenbilanzierung zeigt das zukünftige Missverhältnis zwischen der Ausgaben- und Einnahmeentwicklung in den umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen. Dieses Missverhältnis wird – im Gegensatz zur expliziten und damit verbrieften Staatsverschuldung – als implizite Staatsverschuldung in Form von Ansprüchen der Versicherten an die Systeme der sozialen Sicherung bezeichnet. In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beläuft sich diese implizite Schuld auf rund 75,9 % der Wertschöpfung (BIP), was etwa 2,22 Billionen Euro entspricht.

Die Nachhaltigkeitslücke insgesamt als Summe der expliziten und impliziten Verschuldung beträgt in Deutschland rund 211,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (rund 6,2 Billionen €). Dies ist gleichbedeutend mit einem Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte durch dauerhafte Einsparungen bei den staatlichen Leistungen im Umfang von 8,5 %. Das heißt: Deutschland müsste seine Staatsausgaben dauerhaft um 8,5 % verringern, um die bestehende Nachhaltigkeitslücke zu schließen. Alternativ müssten die Steuern und Ausgaben um 10 % erhöht werden.